

Wegpreis:
Wochenblatt, 10. — 24. monatlich, 24. — 28. bei uns, sonst 26. — 28. bei den Postämtern. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 21,50 M. Postgebühren nehmen an Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragene in die Postzeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimweh“ erscheint wochentäglich (sonntags, Sonntags und Feiertags) einmal.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die abgesetzten Anzeigenpreise betragen 1,50 M. „Kleine Anzeigen“ das heißt die ersten 100 Zeilen (jeweils zwei Zeilen) jedes weitere Wort 1. — M. Stellungs- und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 1. — M. jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50 Pfg. — M. Die Preise verstehen sich einschließlich Erwerbssteuer.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gebühren von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Dienstag, den 8. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11733-34

Bruch des Friedens.

Der Einmarsch in deutsches Gebiet, den die Entente als einen Teil der „Sanktionen“ bezeichnet, ist im völkerrechtlichen Sinne nichts anderes als neuer Kriegsbeginn. Durch den Friedensvertrag von Versailles sind diejenigen Zwangsmassnahmen vorgelesen, die gegenüber Deutschland zur Anwendung gelangen können. Jedoch ist nicht und nirgends davon die Rede, daß solche Zwangsmassnahmen einsehen könnten, bevor die endgültige Gewißheit geschaffen ist, daß Deutschland seine Vertragsverpflichtungen nicht erfüllt. Die seit zur Anwendung gebrachten Gewaltmassnahmen finden im Friedensvertrag schon gar keine Stütze. Erst nach dem 1. Mai hätten die dort vorgesehenen Zwangsmassnahmen angewandt werden dürfen, denn bis zu diesem Termin sollte die Entente durch die Wiedergutmachungskommission die Höhe der Reparationssumme endgültig festsetzen. Die Mitteilung über die Höhe dieser Wiedergutmachungskosten konnte bisher jedoch nicht erfolgen, weil die Entente sich selber noch nicht darüber einig war. Alle Verhandlungen in Spa, Brüssel und London hatten letzten Endes keinen anderen Zweck als eine Vereinbarung mit dem deutschen Schuldner zu erzielen und dadurch die Wiedergutmachungskommission von der Verpflichtung zu einem Diktat zu entbinden, als auch eine Sicherstellung der Erfüllung der deutschen Schuld zu ermöglichen. Da diese Vereinbarung bisher nicht zustande gekommen ist, so blieb nach dem Wortlaut des Friedensvertrages nur die Möglichkeit übrig, daß die Wiedergutmachungskommission der Entente bis zum äußersten Termin die endgültige Summe festzusetzen hatte, deren Bezahlung man Deutschland zumuten könne.

Dadurch, daß die Entente diesen äußersten Termin nicht abwartet und vorher schon den Einmarsch in deutsches Gebiet angeordnet hat, hat sie den Friedensvertrag glatt durchbrochen. Das ist eine Feststellung, die nicht deutlich genug unterstrichen werden kann. Auch im Lager der Entente ist man sich über diese Tatsache völlig im klaren. Wir haben in der „Morning Post“ bereits eine Äußerung des „Manchester Guardian“ zitiert, die vor dem Abbruch der Verhandlungen gelautet wurde und warnend darauf hinwies, daß die Besetzung neuen deutschen Gebietes nichts anderes als neuen Kriegszustand bedeuten würde.

Formell und rechtlich gesehen hat also die Entente einen neuen Krieg begonnen. Sie hat damit selbst anerkannt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages unzulänglich seien und daß sie einer Abänderung bedürfen. Freilich sieht sie diese Notwendigkeit nur in der Richtung, die ihr günstig erscheint, um eine Erweiterung der Lasten für Deutschland anzustreben. Aber mit der einseitigen Durchlöcherung eines so umfangreichen Vertragswerkes, das die erzwungene Unterschrift Deutschlands trägt, sind auch weitere Reformen nicht mehr ohne weiteres abzuschließen. Mit Recht hat deshalb der „Manchester Guardian“ darauf hingewiesen, daß der einmalige und einseitige Bruch des Vertrages dem Sinne nach die Aufhebung aller Verträge zwischen den Alliierten und Deutschland bedeuten würde. Der Kriegszustand pflegt zunächst den Abbruch der diplomatischen Beziehungen nach sich zu ziehen. Aber auch wenn, wie wir annehmen, diese formelle Seite nicht zur Anwendung gelangt, so bleibt doch nichts anderes bestehen als die Tatsache, daß die Alliierten ihrerseits den Vertrag gebrochen und militärische Gewalt zur Anwendung gebracht haben, und zwar gegen ein durch jenen Vertrag praktisch wehrlos gemachtes Volk.

Man stelle sich einmal vor, daß das wilhelminische Deutschland vor 1914 plötzlich, um eine Schuld einzutreiben, sagen wir in Belgien eingedrungen wäre und dort wichtige Städte und Handelsplätze besetzt hätte. Welch ein moralischer Entrüstungsturm wäre da durch die Welt gegangen. Und wie schnell hätten nicht die Herren in Paris und London „zum Schwerte gegriffen“, um den Friedensbrecher in seine Schranken zu weisen. Nichts anderes aber bedeutet der vertragswidrige gewaltsame Einmarsch in deutsches Gebiet, der jetzt von der Entente vollzogen ist. Wie das kleine Belgien gegenüber dem waffenstarken Deutschland Wilhelms II. so ist das durch den Krieg völlig geschwächte und durch den Frieden wehrlos gemachte Deutschland heute gegenüber der waffenstarken Entente jedem Gewaltakt ausgesetzt. Es hat das Gewicht des Rechts für sich. Zwar wird man in der Welt keinen Staat finden, der willens und stark genug wäre, der marschierenden Foch-Armee in den Arm zu fallen. Aber es wird in der Welt doch Kräfte genug geben, die Recht von Unrecht zu unterscheiden vermögen, und die sich auch durch chauvinistisches Gerede nicht davon abhalten lassen, einen Rechtsbrecher einen Rechtsbrecher zu nennen. Was die moralische Beurteilung in der öffentlichen Meinung bedeutet,

das hat Deutschland während des Krieges schwer genug empfinden müssen. Es bleibt die Hoffnung, daß das besetzte und wehrlose Land doch auch noch einige Freunde finde, die ihm moralischen Beistand leisten gegenüber den Panzerwagen des Herrn Foch.

Daß die Besetzung der wichtigen Rheinhäfen und die Durchführung der Drohung, diesseits des Rheines eine neue Zollgrenze zu ziehen, der deutschen Wirtschaft schwere Sorgen und Verluste bringen wird, ist klar und von uns schon wiederholt sehr deutlich betont worden. Aber auch in diesem Zusammenhang wollen wir nicht unterlassen, aufs neue darauf hinzuweisen, daß die Besetzung von Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf und daß die neue rheinische Zollgrenze der Entente keine 226 Milliarden Goldmark zu bringen vermag, daß durch sie keine Häuler und Fabriken in Nordfrankreich neu entstehen und daß die weitere Verarmung Deutschlands schließlich kein Mittel ist, um die französische Kriegsschuld zu bezahlen.

Der Reichspräsident hat in seinem Aufruf an das deutsche Volk, den wir an anderer Stelle wiedergeben, in aller Form auf den Bruch des Vertrages und des Völkerrechts hingewiesen, der durch die gewalttätige Besetzung der Rheinstädte erfolgt ist. Er fordert auf, der fremden Gewalt mit ernster Würde entgegenzutreten, aufrechten Sinn zu bewahren und sich nicht zu unbesonnenen Taten hinreißen zu lassen. Dieser Aufruf entspricht ganz der Beurteilung, die in diesen Spalten wiederholt zum Ausdruck gekommen ist. Zwar kann und will das deutsche Volk nach all den Kriegsgreueln nicht noch einmal sich in blutige Gemehel einlassen. Aber es wird durch dauernde und würdige Rechtsverwahrung zum Ausdruck bringen, daß es den Vorstoß der Entente als einen einseitigen neuen Krieg betrachtet und daß es, solange die Besetzung andauert, die feindlichen Truppen zwar als Okkupanten respektieren, aber ihnen niemals das Recht zuerkennen wird, als Herren in dem Lande zu hausen.

Wahrscheinlich wird man bald auch auf der Ententesseite einsehen, daß man mit gepanzerter Faust zwar Verträge zerreißen kann wie einen „feinen Papier“, daß man aber durch sie nicht ein neues Recht zu schaffen in der Lage ist. Unter diesem Eindruck steht das deutsche Volk dem neuen Krieg gegenüber, den es schweigend, aber unter stetem Widerspruch über sich ergehen lassen muß, ohne an seinem Recht irre zu werden.

Die Botschafter nach Berlin berufen.

Berlin, 8. März. (M.B.) Die Botschafter in London und Paris und der Gesandte in Brüssel sind nach Berlin berufen worden.

Amlich wird demontiert, daß nach Abbruch der Verhandlungen in London noch Sachverständigenberatungen stattgefunden hätten.

Die Besetzung schreitet fort.

Wie wir erfahren, ist heute vormittag die Besetzung Düsseldorfs durch belgische Truppen erfolgt. In der vergangenen Nacht ist auch Duisburg und Ruhrort besetzt worden. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht vorgekommen.

Düsseldorf, 8. März. (M.B.) Heute vormittag 8 Uhr sind in Düsseldorf zwei bis drei Kompanien belgischer Truppen eingerückt. Die Stadt wird dauernd von alliierten Fliegern überflogen. Auf dem Rhein bei Düsseldorf sind vier englische Kanonenboote eingetroffen, die ihre Geschütze auf die Stadt gerichtet haben.

Belgische Truppen haben heute vormittag 10 Uhr den Rhein mit mehreren Kompanien Infanterie überschritten. Die Vororte von Duisburg und Ruhrort sind bereits durch belgisches Militär besetzt worden. An verschiedenen Stellen wurden von den Besatzungstruppen sofort Maschinengewehre aufgestellt. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. In einer Versammlung der freien Gewerkschaften lehnte die Arbeiterschaft die Aufforderung der Kommunisten zum Generalstreik ab.

Die ersten englischen Truppen in Stärke von 600 Mann Kavallerie rückten gestern abend in Bénédict ein. In Neuf erschien ein General mit 40 Offizieren und 150 Mann.

Düsseldorf, 8. März. (M.B.) In Bendorf kamen sechs französische Kavalleristen an, um für 600 Mann französischer Truppen Quartier zu schaffen. Man schätzt das französische Truppenkontingent auf etwa 1500 Mann. Es wird erwartet, daß sich im Laufe des heutigen Tages die geplante Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vollkommen vollzieht.

Paris, 8. März. Wie „Pest Parisien“ mitteilt, wird die Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg von zehn Bataillonen ausgeführt.

Duisburg, 8. März. (M.B.) Die Ruhrort und die Hochfelder Rheinbrücke sind seit heute vormittag 11 Uhr gesperrt worden. In Hochfeld und Ruhrort sind einige Kommandos belgischer Truppen eingerichtet. Duisburg selbst ist um 1 Uhr mittags noch nicht besetzt. Dagegen haben die Belgier am Niederrhein bereits einige Telefonleitungen besetzt, resp. abgeschnitten.

Düsseldorf, 8. März. (M.B.) Heute mittag 12 Uhr trafen zwei Dampfer, „Coreley“ und „Parjival“, mit französischen Truppen, meist Infanterie, auf dem Rhein hier ein und landeten diese Truppen.

Das Zollregime im Rheinland.

London, 7. März. Briand hat dem Reuterschen Bureau mitgeteilt, daß das neue Zollregime im besetzten Gebiet am Donnerstag in Kraft treten werde.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat folgende Proklamation ergehen lassen:

Mitbürger!

Unsere Gegner im Weltkrieg haben unerhörte und unerfüllbare Forderungen an Geld und Gut an uns gestellt. Wir selbst nicht nur, auch unsere Kinder und Enkel sollen Arbeitsklassen der Gegner werden. Durch unsere Unterschrift sollten wir einen Vertrag beschließen, den auszuführen auch die Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das durften, das konnten wir nicht tun. Unsere Ehre, unsere Selbstachtung verbietet es. Unter offenem Bruch des Friedensvertrages von Versailles sind die Gegner zur Besetzung weiteren deutschen Landes geschritten. Der Gewalt können wir Gewalt nicht entgegensehen, wir sind wehrlos. Aber hinausrufen können wir es, daß alle es hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit erkennen: Recht wird hier jetzt durch Gewalt.

Mit den Bürgern, die Fremdherrschaft erdulden müssen, leidet das ganze deutsche Volk.

Ehern zusammengehörten soll uns dieses Leid zu einigem Fühlen, zu einigem Wollen.

Mitbürger, tretet der fremden Gewalt mit ernster Würde entgegen. Bewahrt Euren aufrechten Sinn, aber laßt Euch nicht zu unbesonnenen Taten hinreißen.

Haltet aus! Habt Vertrauen, die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis fremde Gewalt vor unserem Recht weichen muß.

Der Reichspräsident. Der Reichskanzler.
Ebert. Lehrenbach.

Lloyd George bedauert.

London, 8. März. (M.B.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses gab Lloyd George folgende Erklärung ab: Die von den Deutschen gemachten Angebote bedeuten einen Fortschritt gegenüber denen der letzten Woche. Dennoch waren sie vollkommen unannehmbar. Man forderte von uns die Vereinbarungen auf die ersten fünf Jahre zu beschränken, die folgenden 37 Jahre sollten Gegenstand neuer Besprechungen sein. Die letzten Vorschläge für die ersten fünf Jahre schienen auf der Grundlage der Vorschläge von Paris aufgebaut zu sein, aber zwei Bedingungen wurden daran geknüpft. Die erste Bedingung wurde nicht klar ausgedrückt. Es wurde davon geredet, daß Deutschland mit den Alliierten Handel treiben würde. Man forderte dabei nicht, daß Deutschland das Meistbegünstigungsrecht erhalten soll und im ganzen war nicht abzusehen, was eigentlich Deutschland bezüglich der Aufhebung aller Beschränkungen des Handels sagen wollte. Die zweite Bedingung war aber derart, daß man nicht den Wunsch haben konnte, Erklärungen bezüglich der Natur der ersten Bedingung zu verlangen. Sie besagt: wenn die Abstimmung in Oberschlesien im ganzen oder teilweise gegen Deutschland ausfällt, daß sich Dr. Simons und die Regierung das Recht vorbehalten, zu erklären, daß die Volksabstimmung ungültig sei.

Danach hätten wir keine Sicherheit für fünf Jahre erhalten, sondern höchstens für fünf Wochen. Wie konnte man derartige Bedingungen annehmen? Was die restlichen 37 Jahre anbelangt, hat uns Dr. Simons keinerlei Vorschläge gemacht. Er nahm den Grundgedanken einer Jahreszahlung an, welche gemäß dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands variabel sein sollte. Bezüglich eines Maximums oder Minimums der Jahreszahlungen hat Dr. Simons nicht die mindeste Mitteilung gemacht. Deshalb waren wir der Ansicht, daß man uns keinerlei Vorschläge gemacht habe, welche die Verhängung der angeforderten Strafmaßnahmen rechtfertigen würden.

Ich bedauere, daß man wieder an die Gewalt appellieren muß und hätte es lieber gesehen, daß irgendeine Vereinbarung getroffen worden wäre, denn es ist viel leichter, daß eine Vereinbarung respektiert, als daß ein Urteilspruch durchgeführt wird. Dies hat man auch bei dem Uebereinkommen von Spa gesehen, denn wenn

es auch nicht vollkommen durchgeführt ist, so machen doch die Deutschen alle Anstrengungen, um das Abkommen zu erfüllen.

Ueber die Sanktionen

Sagte Lloyd George: Es wurden bereits Instruktionen an die Truppen gegeben, damit sie die bezeichneten Städte besetzen. Diese Städte beherbergen ein sehr bedeutendes Industriegebiet. Wir haben auch die nötigen Instruktionen gegeben, um die übrigen Sanktionen auf die praktischste Art zu verwirklichen. Wir werden dem Parlament Vorschläge bezüglich einer dieser Strafmaßnahmen unterbreiten, die uns ermöglichen, jeden Käufer deutscher Waren in den alliierten Ländern dazu zu verhalten, daß er einen Teil der Kaufsumme an den Staatsschatz seines Landes abführe. Das ist von großer Bedeutung nicht nur als Zwangsmittel, sondern auch als Mittel, um unsere Schulden zu tilgen. Die 50 Prozent, die wir von den deutschen Käufen erheben werden, würden für das laufende Jahr die Schulden Großbritanniens vollkommen decken. Ich behaupte beinahe, daß es notwendig war, diese Maßnahme als Zwangsmittel zu betrachten, weil sie nach meiner Meinung einen Teil der Vereinbarungen bilden dürfte. Außerdem hat auch Dr. Simons seine Bereitwilligkeit, diese Maßnahme für die Vereinbarungen anzunehmen, erklärt.

Ein Abgeordneter fragte, ob die deutschen Waren nicht auf dem Wege über die neutralen Staaten in die alliierten Länder gelangen könnten, so daß auf diese Weise die von Lloyd George angeforderten Maßnahmen umgangen würden. Lloyd George erklärte, es würde Vorkehrungen getroffen werden, daß diese Waren als deutschen Ursprungs gekennzeichnet würden. Es würden keinerlei betrügerische Operationen dieser Art geduldet werden. Die Neutralen werden also wissen, daß sie nicht ungerecht behandelt werden sollen, doch ist es auch möglich, daß die deutschen Waren, die über Holland, Schweden und andere neutrale Länder nach England kommen, beim Eintritt in England von der Steuer erfaßt werden. Was die englischen Kolonien anlangt, so müßten sich diese ihre eigenen Gesetze machen, England könne nur ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß diese eine Angelegenheit, die nur die Dominions selbst berührt.

Sie sollen bezahlen.

London, 8. März. (Holländisch Neumsbureau.) Das große Interesse und die Spannung, die die gestrige Konferenz hervorrief, hatte eine große Menschenmenge in sämtliche Straßen der Umgebung des Lancasterhouse geführt. Eine besonders für diesen Zweck abkommandierte Polizeibeamten wie die Menge zurück. General v. Seeck erregte einiges Aufsehen, da er zum erstenmal seit der Konferenz in Uniform erschien. Der deutschen Delegation folgte unmittelbar Briand und Lloyd George. Lloyd George wurden ungeheure Ovationen dargebracht. Die Menge durchbrach den Polizeikordon, drängte auf Lloyd George zu und rief ihm zu: Sie sollen bezahlen.

Italien lehnt ab.

Rom, 8. März. (U.) Am Vormittag fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Giolittis statt, der sich hauptsächlich mit der internationalen Lage beschäftigte. Giolitti erklärte, daß Italien im Falle der Inkraftsetzung von Gegenmaßnahmen gegen Deutschland sich von jeder militärischen Aktion zurückhalten werde. Alle anwesenden Minister erklärten sich damit einverstanden.

Vertragsbruch und 2. Internationale.

Düsseldorf ist durch belgische Truppen besetzt worden, die sich auf Befehl der belgischen Regierung in Bewegung gesetzt haben. Da drängt sich die Frage auf: Was sagen hierzu die belgischen Sozialisten und vor allem die vier Sozialisten, die Mitglieder der belgischen Koalitionsregierung sind: Vandervelde, Desfrées, Wauters und Anseele?

Seit Kriegsende haben wir uns bei ähnlichen Fragen, die die Haltung der belgischen Sozialisten betrafen, stets die weitestgehende Zurückhaltung aufgelegt. Wir haben unausgesetzt auf das schwere Unrecht hingewiesen, daß das kaiserliche Deutschland an belgischen Volk begangen hat und das das republikanische Deutschland wiedergutmachen muß und wiedergutmachen will. Wir haben die Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch Vandervelde als belgi-

schen Bevollmächtigten kaum erwähnt und die Mitbesetzung von Frankfurt a. M. durch belgische Truppen, auf Grund von beschwichtigenden Zusicherungen, die wir damals erhielten, nur beiläufig zur Sprache gebracht. Ueber vieles andere seitdem haben wir ebenfalls geschwiegen.

Jetzt aber ist das Maß voll! Die belgischen Sozialisten haben mit keinem Worte gegen die Pariser Beschlüsse protestiert, von denen die belgischen Gewerkschaften durch den Mund der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale selbst anerkannt haben, daß sie verdammenwert sind und daß sie das deutsche Proletariat zu einem Sklavendasein verurteilen. Um nun die Durchführung dieser Beschlüsse zu erzwingen, lassen die Entente-Regierungen, also auch das belgische Kabinett Carton de Wiart mit seinen vier sozialistischen Mitgliedern, unter Durchbrechung des Friedensvertrages, neue deutsche Städte besetzen.

Auf der Konferenz der Internationale 2 1/2 in Wien hat der deutsche Unabhängige Dr. Hilsberding, um die Zweite Internationale zu diskreditieren, auf das Verhalten der belgischen Sozialisten zu den Pariser Beschlüssen hingewiesen. So leidet es uns tut, und so sehr wir wissen, daß die Zweite Internationale nicht für die Sünden einzelner ihrer Mitglieder oder Sektionen verantwortlich gemacht werden kann, so müssen wir sagen: Hilsberding hat durchaus recht! Er hat übrigens in Wien nur das ausgesprochen, was wir bereits im „Vorwärts“ nach der Bekanntgabe der Pariser Beschlüsse angedeutet hatten. Wir erwarten von dem Bureau der Internationale, daß es zur Wahrung seiner eigenen Resolutionen und der Ehre der Zweiten Internationale, die noch immer die mächtigste von allen dreien ist, die nötigen Schritte aus diesem Verhalten der belgischen Partei, oder vielmehr der einzelnen verantwortlichen belgischen Parteigenossen zieht. Denn wir wissen sehr wohl, daß es in der belgischen Partei viele Genossen gibt, die diese Haltung auf das schärfste verurteilen.

Ledebour.

In diesen Tagen möchten wir die Polemik gegen andere Parteien, namentlich gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, die uns in den meisten Fragen sachlich am nächsten steht, auf das strikte Minimum beschränken. Aber im Interesse der Gesamtarbeiterschaft können wir den kleinen Zwischenfall, der am Schluß der gestrigen Reichstags-Sitzung durch den Abgeordneten Ledebour provoziert wurde, nicht unerörtert lassen. Aus dem Reichstagsbericht wird man entnehmen haben, um was es sich dabei handelt: Unter den Druckschriften des Reichstages war auf Veranlassung der Regierung die Rede Lloyd Georges in englischer und in deutscher Sprache verbreitet worden. In sich war diese Veröffentlichung ziemlich überflüssig, da die gesamte Presse diese Rede bereits mehrere Tage zuvor abgedruckt hatte. Nun war bei der Drucklegung der deutschen Uebersetzung ein offensichtliches Versehen passiert, indem eine Stelle von etwa dreißig Zeilen, die übrigens in der englischen Fassung richtig wiedergegeben war, weggelassen wurde. In der vergleichenden Statistik über die indirekten Steuern in England, Frankreich und Deutschland fehlten die einleitenden Sätze, und das Ausbleiben eines logischen Nebenganges ließ über den rein verfahrensmäßigen, durchaus technischen Ursprung dieser Lücke gar keinen Zweifel.

Da meldet sich aber der alte Ledebour zum Worte, und mit seiner üblichen Wichtigkeit und Aufregung bezieht er die Regierung einer absichtlichen Fälschung! Natürlich gab er damit nur der Regierung und den bürgerlichen Parteien die Gelegenheit zu einem seltsamen und wirkungslosen Gegenangriff. Ledebour erwiderte zwar, daß er damit nur der „Börsenverständigung“ (1) habe dienen wollen; die einzige Wirkung seines Auftretens kann aber nur die sein, daß chauvinistische Entente-Sozialisten ihren Agenturen und Mitarbeitern telegraphieren, der unerfahrenste deutsche Revolutionär habe eine schwere amtliche Fälschung enthüllt.

Es wäre höchste Zeit, daß die U.S.P. ihren alt gewordenen Söhnen etwas bündigt. Ist jedes Auftreten von ihm im Reichstag gestaltet sich zu einem Erfolg... der äußersten Rechten oder der Kommunisten. Ob sich Ledebour die Rolle des Fraktionsführers der U.S.P. selbst angemacht hat oder ob er im Einverständnis mit ihr handelt, wissen wir nicht. Wir glauben aber, es läge im Inter-

esse der unabhängigen Fraktion selbst, wenn sie diese Rolle einem anderen Manne übertragen würde, der nicht jeden zweiten Tag das Parlament in ein Affentheater verwandelt und die arbeitserfeindlichen Parteien zu leichten Sitzungserfolgen verhilft.

Irreführende Berichterstattung.

Unter der Ueberschrift „Die Regierungsbildung in Preußen“ schreibt der „Lokalanzeiger“:

„Wie wir erfahren, haben es die Mehrheitssozialisten abgelehnt, sich an der Regierungsbildung im Reich und in Preußen zu beteiligen.“

In dieser Fassung ist der Satz kompletter Unsinn. Die Sozialdemokratie hat — das betrifft namentlich Preußen — durchaus keine allgemeine Ablehnung ausgesprochen, an der Regierungsbildung teilzunehmen. Vielmehr hängt ihre Stellungnahme ganz ab von dem Charakter einer sich bildenden Regierungskoalition. Allerdings lehnt die Sozialdemokratie ein Zusammengehen mit der „Deutschen Volkspartei“ ab. Wenn diese Weigerung vom „Lokalanzeiger“ einer generellen Ablehnung gleichgesetzt wird, so ist das eine sehr durchsichtige Wache.

Hochverräter und Ehrabschneider.

Nach vier tägiger Verhandlung hat am Montag das Landgericht Schwerin den Grafen Siegfried von Roltke, den Redakteur der deutschnationalen „Medtenburger Nachrichten“, wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Lange zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Prozeß führte in die Rapp-Lage zurück. Oberst Lange hat damals, wie erinnertlich, sich rückhaltlos auf Seiten der Verfassung und der Republik gestellt und ist mit der Waffe für sie eingetreten. Seitdem datiert eine fürchterliche Hege aller Reaktionskräfte gegen Oberst Lange, an deren Spitze Graf Roltke stand. Gerade dieser Mann, der selber sich den Rapp-Rebellen Lottow-Vorbeck und Wendhausen als Pressescheff zur Verfügung gestellt, also attio am Hochverrat mitgewirkt hatte und nur wegen der felsamen Umkleiauslegung des Reichsgerichts nicht bestraft werden konnte, gerade er hatte die freche Stirn, den Obersten Lange des Hochverrats in mehreren Zeitungsartikeln zu beschuldigen! Weil Oberst Lange die Regierung beschützt hatte, behauptete Graf Roltke, er hätte auf einen Vinksputsch hingearbeitet. Ferner machte er Lange den Vorwurf, daß er seine Offiziere bespöttelt habe.

In der Beweisaufnahme brach der Vorwurf des Hochverrats vollkommen zusammen. Bezüglich der Frage der Bespöttelung sagten zwar ein paar ehemalige Offiziere, ausschließlich Freunde des Angeklagten und eheliche Leiter von Orchestern usw. aus, daß sie sich überwacht gefühlt hätten, doch konnten auch ihre Aussagen widerlegt werden. Das Gericht kam jedenfalls zur Erkenntnis, daß in beiden Punkten der Wahrheitsbeweis nicht geführt sei und verurteilte den Grafen Roltke zu 2000 M. Geldstrafe. Interessant war auch hier wieder das Verhalten des Staatsanwalts, der den Prozeß in erster Instanz bereits durch seine Passivität verloren hatte und auch in zweiter Instanz fast alles dem Vertreter des Obersten Lange überließ, der sich inzwischen als Nebenkläger dem Verfahren angeschlossen hatte.

Jedenfalls hat der Prozeß erweisen, daß der hochadlige Graf von Roltke als Hochverräter dreist genug ist, andere verheimlichend des Hochverrats zu beschuldigen. Mit dem Grafen Herzberg, Pottin, dem Freiherrn von Stänghner-Corbe usw. wird er demnächst einen deutschnationalen adligen Ehrabschneiderklub aufmachen können.

Petersburg unter schwerstem Beschüßfeuer.

Stockholm, 8. März. (U.) Nach einer Meldung der „Nordiska Presscentralen“ aus Helsingfors haben die Kronstädter Matrosen am 7. März, nachmittags 4 Uhr mit dem Bombardement der Stadt Petersburg begonnen. Allem Anschein nach feuern die Aufrehrer mit den schwersten Festungsgeschützen der Batterien von Essterbel, Koosnemoa und Tambowla. Trotz ist in Petersburg eingetroffen und soll die Operationen selbst leiten. Gleichzeitig verlautet, daß die Volkregierung angeht die Gefahr Trotz zum Diktator mit unumschränkter Befugnisse ernannt hat.

Fünftausend Mark.

Von Hans Bauer.

In den Besitz von 5000 Mark kann man dadurch gelangen, daß man 200 Stützen schreibt. Dadurch ferner, daß man fünf Raubmörder dingest macht, auf deren Ergreifung eine Belohnung von je 1000 Mark ausgesetzt ist. Oder auch dadurch, daß man für 10 000 Mark Dollarnoten zu einem Kurse von 68 aufkauft, sie liegen läßt und sie wieder losschlägt, wenn sie 99 stehen. Oder auch dadurch, daß man sich einem Adressenschreibbureau verdingt und 1 666 000 Ruwerts mit einem Vor-, einem Zu-, einem Stadt- und einem Straßennamen verfaßt. Oder dadurch beispielsweise, daß man (hierbei kommen allerdings nur Damen in Betracht) Stegerin wird in einer mit einem ersten Preis von 5000 Mark dotierten Schönheitskonkurrenz.

Es ergibt sich also folgende Gleichung: 200 Stützen = 5 Raubmörderermittlungen = Dollarnotenspekulation = 1 666 000 Ruwert-adressen = schöner Frauenleib. Mich interessiert besonders die Beziehung des ersten Gliedes zu dem letzten.

Rekapitulieren wir: 200 Stützen sind ebensoviel wert wie der zweifelhafte schöne, mit 5000 Mark prämierte Frauenleib, den ich kürzlich in einer illustrierten Zeitung abgebildet sah. Ich setze mich hin und schreibe, um 5000 Mark zu verdienen. Diese Dame hingegen hatte sich nicht hingefügt und nicht geschrieben. Sie war irgend-einmal geboren worden, war aufgewachsen, holte eines Tages von der Konkurrenz gelesen und war, weil sie eine Dame war und kein Mann und weil sie nicht eine Dame wie irgendeine Dame, sondern eine Dame mit schönen Hüften, unverwundeter Haut, goldblondem Haar war, mit 5000 Mark belohnt worden. Fertig. Jeder ihrer Finger war wie drei Stützen, der Weichglanz ihrer Zähne wie das 10prozentige Anzeichen der Dollarnoten, ihre Hüfte wie 300 000 Adressen, ihre Brüste wie die Ermittlung zweier Raubmörder, das entzückende Grinsen um ihr Kinn wie die zehnmalige Hingabe einer Dirne honoriert worden. 400 Mark plus 1300 Mark plus 900 Mark plus 2000 Mark plus 400 Mark. Gleich alles in allem (Finger plus Haar — plus Weichglanz plus Brüste plus Grinsen) 5000 Mark. Zurückgeführt auf gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit entsprach die Schönheit jener Dame nach dem Urteil des Kollegiums demnach etwa 800 Arbeitsstunden, und zurückgeführt auf die Erzeugung von 200 Stützen erforderliche Nervenkraft einer in meinem Großhirnlappen aufgeschickerten elektrischen Spannung, deren genaue Größenangabe der Berechnung des Psycho-Physiologen vorbehalten bleibe. Die Sache ist einfach.

Der Dichter Terobian Hoyerstroh besingt die preisgekrönte Schönheit in 400 Gefängen und benötigt zur Fertigstellung eines jeden Gefanges eine Nacht. Die Gefänge sind so herrlich, daß er

ausnahmsweise einen Verleger findet, und das Buch geht so gut, daß es ausnahmsweise 5000 Mark Reingewinn abwirft.

Die preisgekrönte Schönheit, wie sie ist geboren worden, ist Zeit ihres Lebens preisgekrönt schön, ist, trinkt, läßt sich verehren und stirbt eines Tages. Ihre Schönheit wurde ebenfalls mit 5000 Mark bewertet.

Allen Spätes: Ist es nicht ganz abwechslungsreich, daß man sein Geld eforum verdienen kann und eforum? Und allen Ernstes: wir stecken noch tief in Barbarei und Unkultur.

Wie lange ist die Eiszeit her? Die fernsten Vergangenheit der Urgelt erscheinen uns meist in schmerzhafter Dämmerung, weil wir uns von den Jahrtausenden, die sie zurückliegen, keine exakte Vorstellung machen können. Deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, wenn uns für die einzelnen Perioden und Kulturen ganz genaue Zahlenangaben gemacht werden. Wägen auch die Berechnungen nur ungefähr sein, so bieten uns doch diese Zahlen einen viel bestimmteren Inhalt als alle komplizierten wissenschaftlichen Fachangaben. Deshalb verdienen die Jahreszahlen besondere Beachtung, die der Eiszeitgeologie G. Werth für die absolute Dauer der Spät- und Nacheiszeit errechnet hat und über die Hugo Möstl in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ berichtet.

Für die Dauer des Rückzuges des Eises von der südschwedischen Eisrandlage, d. h. bis zum Ende der Eiszeit, werden hier 5000 Jahre angenommen. Die Epoche des Melosolithums wird mit 4000 Jahren berechnet, und von diesem Zeitpunkt bis auf den heutigen Tag sind etwa 7000 Jahre verstrichen. Man kann daher annehmen, daß 16 000 Jahre vergangen sind, seit der Rückzug des Eises begann. Bevor das Eis zu weichen begann, ging aber eine lange Abschmelzperiode der eiszeitlichen Gletscher vor sich. Diese Abschmelzperiode hat man früher mit 4000 Jahren angenommen, und dabei die Stillstandszeiten, in denen der Prozeß aufhörte, miteingerechnet. Werth aber behauptet nun, daß das eigentliche Schmelzen bereits 4000 Jahre gedauert hat und daß die Gesamtzeit der zahlreichen Stillstandszeiten auf wenigstens noch 4000 Jahre berechnet werden muß, so daß die ganze Rückzugsbewegung der Gletscher mit 8000 Jahren angenommen werden muß. Von da an hat er bis auf unsere Tage 16 000 Jahre errechnet, so daß sich im ganzen 24 000 Jahre für den Anfang des Endes des Eiszeitalters ergeben würden. Mit diesen Zahlen stimmen die geologischen Beobachtungen zusammen, die auf Grund der Ablagerungen des Schwäizerbädes bei Schaffhausen gewonnen wurden. Auch hier ergab sich die Berechnung von etwa 24 000 Jahren seit dem Beginn der Abschmelzperiode. Danach hätte also die Spätzeit vor rund 25 000 Jahren begonnen, und es ergibt sich dann die folgende Chronologie der Urgeschichte: die Abschmelzzeit der letzten eiszeitlichen Gletscher, die sogenannte Magdalenienskultur reicht vom Jahre 25 000 bis 9000 v. Chr., das Melosolithum von 9000 bis 5000 v. Chr., das Bollmesolithikum von 5000 bis 2000 v. Chr., und dann beginnt die noch heute währende Metallzeit.

Wie Mustafa Kemal lebt. Mustafa Kemal, der türkische Führer, der den Feind seines Volkes soviel zu schaffen macht, lebt, wie ein

englischer Korrespondent berichtet, allein in einem einsamen Hause außerhalb seiner neuen Hauptstadt Angora in unermüdlicher Arbeit. In den Wänden seines kahlen Zimmers steht man zwei schön gearbeitete kunstvolle Schwerter und einige Bilder von mohammedanischen Heiligenbildern, die ihm von indischen Delegierten geschenkt worden sind. Auf dem Schreibtisch, an dem Kemal arbeitet, liegen zwei Exemplare des Koran und ein heiliger Kranz, der ihm von mohammedanischen Bewunderern in Afrika und Arabien geschenkt worden ist. Sobald der Friede geschlossen ist, will Kemal sich vom politischen Leben zurückziehen und Landmann werden.

Russische Zeitungen im Ausland. Die Tatsache, daß ein großer Teil der russischen Bevölkerung aus Russland hat fliehen müssen, drückt sich auch darin aus, daß in Europa außerhalb Russlands eine ganze Reihe russischer Zeitungen erscheinen, in denen bekannte russische Politiker und Schriftsteller den Kampf gegen den russischen Bolschewismus führen. In der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ werden die wichtigsten dieser Organe zusammengestellt. Danach erscheinen in Berlin: „Goloz Rossii“ (Die Stimme Russlands), „Kul“ (Das Steuer), „Bremja“ (Die Zeit), „Ruski Emigranz“ (Der russische Auswanderer); in Paris: „Postednija Iwostja“ (Neueste Nachrichten), „Obščite Delo“ (Gemeinsame Sache), „Derreissaja Tribuna“ (Südliche Tribune), „Bulletin d'Information: Bour la Russie“; in Kiew: „Korodnoje Delo“ (Die Sache des Volkes); in Riga: „Sowodnaja“ (Heute); in Prag: „Wolja Rossii“ (Der Wille Russlands).

Die Druckfehler der Dichter. Zu den Dichtern, die über einen in ihren Werken unbedeutenden Druckfehler die gute Laune verloren, gehörte vor allem Victor Hugo, den schon ein falscher geführter Komma zur Verwirrung bringen konnte. Er selbst räumte sich in einem an Pauline de Staël gerichteten Brief, bei dem mit dem Druck der ersten Ausgabe der „Leviens des Fables“ betrauten Offizier durchgesetzt zu haben, daß sie ihm, und zwar lediglich zur Korrektur der Interpunktionszeichen, ein bescheidenes Revisionssabakge liefern mußte. Nicht minder empfindlich für die Tücken des Druckfehlerlebens war der englische Dichter Thomas Campbell, der im Jahre 1844 in der Westminster-Abtei in London beigesetzt wurde, und dessen Dichtungen Goethe, Scott und Byron zu dem Reizen gerührt haben, was die englische Literatur hervorbringt. Als Campbell eines Abends vor dem Jubeltische zur Korrektur der Interpunktionszeichen, ein bescheidenes Revisionssabakge liefern mußte. Nicht minder empfindlich für die Tücken des Druckfehlerlebens war der englische Dichter Thomas Campbell, der im Jahre 1844 in der Westminster-Abtei in London beigesetzt wurde, und dessen Dichtungen Goethe, Scott und Byron zu dem Reizen gerührt haben, was die englische Literatur hervorbringt. Als Campbell eines Abends vor dem Jubeltische zur Korrektur der Interpunktionszeichen, ein bescheidenes Revisionssabakge liefern mußte. Nicht minder empfindlich für die Tücken des Druckfehlerlebens war der englische Dichter Thomas Campbell, der im Jahre 1844 in der Westminster-Abtei in London beigesetzt wurde, und dessen Dichtungen Goethe, Scott und Byron zu dem Reizen gerührt haben, was die englische Literatur hervorbringt. Als Campbell eines Abends vor dem Jubeltische zur Korrektur der Interpunktionszeichen, ein bescheidenes Revisionssabakge liefern mußte.

Dehler Trio-Abend Schumann-Geb-Dachert am 8. März in der Glanzkammer: F-moll Trio von Chopin, G-moll Trio von Mendelssohn, Liederkreis Schumann von Paul Jan.

Im Dom veranstaltet Professor Walter Fischer am kommenden Donnerstag 8 Uhr ein Orchesterkonzert. Mitwirkende: Emil Sidon (Sopran), Irene Rippl (Alt), Hans Busse-Galle (Clarinete).

Tabakist Kurt Schwitters liest am Mittwoch, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Potsdamer Str. 124a, eigene Dichtungen.

